

Zulage für Pflegende am Bett – Unser gemeinsamer Erfolg!

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer besseren Bezahlung für Pflegekräfte ist uns da gelungen. Das bedeutet eine höhere Wertschätzung der Pflege am Patienten aber auch die Aussicht auf bessere Arbeitsbedingungen.

Am 25. Mai 2022 hat der Verwaltungsrat des Klinikum Stuttgart beschlossen, den examinierten Pflegekräften auf bettenführenden Stationen höhere Gehälter in Form einer Stufenvorweggewährung von durchschnittlich einer Stufe zu zahlen.

Der Weg zur Zulage

Doch bis es dazu kam, war es ein langer und steiniger Weg:

Der Gesetzgeber hatte angesichts der prekären Situation des Pflegepersonals in den Krankenhäusern per Gesetz geregelt, dass begründete Arbeitsmarktzulagen von den Krankenkassen voll finanziert und damit die Krankenhäuser für diese Kosten nicht belastet werden.

Wir als Beschäftigte und ver.di-Aktive, haben deshalb bereits im November 2021 eine Arbeitsmarktzulage von monatlich 500 € beim Verwaltungsrat des Klinikums gefordert und dafür rund 1800 Unterschriften in der Belegschaft und von Unterstützer:innen unserer Forderung gesammelt. Unsere Forderung wurde mit einem entsprechenden Antrag der Fraktionsgemeinschaften „Die FrAktion“ und „PULS“ und vom ver.di-Vertreter aufgenommen und in den Verwaltungsrat eingebracht. Die Unterschriften wurden von uns vor der Sitzung im Rahmen einer kleinen Aktion Bürgermeister Thomas Fuhrmann übergeben.

Wenn verschoben wird - dranbleiben

Nachdem der Verwaltungsrat den Antrag verschoben hatte, kam er im März 2022 zu dem Schluss, dass er es nicht alleine entscheiden könne und der Gemeinderat darüber abstimmen müsse. Denn die Befürchtung war, dass, falls unerwarteterweise die Krankenkassen nicht zahlen müssten, dann die Stadt Stuttgart für die Mehrkosten aufkommen müsse. Also ging es damit in den

Verwaltungsausschuss des Gemeinderats. Nachdem der Verwaltungsausschuss das Thema von April auf Mai verschob, konnte schlussendlich darüber im Verwaltungsausschuss und Gemeinderat diskutiert und abgestimmt werden. Zwischenzeitlich hatten auch die SPD und die Grünen zur Unterstützung einen Antrag in den Gemeinderat eingebracht. So signalisierte der Gemeinderat, dass er einer Vorweggewährung von mindestens einer Gehaltsstufe zustimmen könne. Der Verwaltungsrat des Klinikums sollte dies konkret ausarbeiten. Es ist gut für die Beschäftigten und für die Bürger:innen, dass immer mehr politisch Verantwortliche den Handlungsbedarf erkennen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen gegenzusteuern.

Dem Willen des Gemeinderats kam der Verwaltungsrat nach und beschloss eine durchschnittliche Stufenvorweggewährung von einer Stufe.

Unsere Aktionen

In der Zwischenzeit gab es viele Diskussionen unter uns Kolleg:innen, aber auch mit Vertreter:innen der Gemeinderatsfraktionen. Viele Kolleg:innen von Station machten zweimal morgens um 8 Uhr vor den Verwaltungsausschusssitzungen im Rathaus die Notwendigkeit der Arbeitsmarktzulage deutlich. Schließlich unterstützten fast alle Stationen einen Appell an die Verwaltungsräte. Die ver.di-Betriebsgruppe gab zwei Krankenhausinfos und ein Krankenhausinfo Extra zum Thema heraus.

- bitte wenden -

Es motiviert zu sehen, dass wir etwas erreichen können, wenn wir alle am selben Strang ziehen und uns für unsere Interessen selbst stark machen.

Das Ergebnis

Das Verhandlungsergebnis sieht nun folgendermaßen aus: Die bisherigen Zulagen für Pflegepersonen auf den Intensivstationen, den OPs und den Akutstationen des ZSG werden weitergeführt. Beschäftigte auf den anderen Stationen und den interdisziplinären Notaufnahmen der Entgeltgruppen P6 bis P9 erhalten ca. 180 € bis 250 € pro Monat, was der Vorweggewährung einer Stufe im Durchschnitt innerhalb der Entgeltgruppen entspricht. Kolleg:innen mit Leitungsfunktionen auf diesen Stationen mit P10 bis P15 erhalten eine ½ Stufe, also ca. 90-170 € monatlich mehr. Die Zulagen sollen ab Juli 2022 ausbezahlt werden. Damit haben wir eine spezielle Klinikums-Zulage für die meisten Pflegekräfte zusätzlich zu der in der letzten Tarifrunde durchgesetzten Pflegezulage von inzwischen 120 € monatlich für alle Pflegekräfte erreicht und eine dauerhafte Aufwertung für die meisten Pflegekräfte von mindestens 220 € monatlich.

Wir leben in einem Dilemma: Die Arbeitsbedingungen verbessern sich nur, wenn mehr Pflegekräfte arbeiten, mehr Pflegekräfte (etwa Berufsaussteiger) kommen oder bleiben aber nur, wenn sie deutlich bessere Arbeitsbedingungen vorfinden.

Die Gewährung dieser Zulage kann ein weiterer Schritt aus diesem Dilemma sein. Unser Tarifvertrag TVöD gibt mit §17 Abs. 4.1 den Arbeitgebern die Möglichkeit durch bessere Vergütung Personal zu halten und zu gewinnen. Das Beispiel Robert-Bosch-Krankenhaus (RBK) zeigt: Vergütet man die Pflegekräfte besser, sind diese eher gewillt zu bleiben oder (zurück) zu kommen. Das RBK konnte 90% der Zulagenkosten über Senkung der Fluktuation und Reduzierung der Kosten für Leasingpersonal finanzieren.

Nicht Wettbewerb, sondern Aufwertung

Die Auszahlung einer solchen Zulage soll kein Gerangel zwischen den Krankenhäusern um die Pflegekräfte entstehen lassen, sondern für alle Stuttgarter Krankenhäuser als Vorbild dienen. Ein Vorbild dafür, dass es sich lohnt, in die Pflegekräfte zu investieren. Andere Krankenhäuser können und sollten nachziehen - und manche haben schon signalisiert, dass sie das auch tun werden. Gefährdungssituationen für Kranke als auch Beschäftigte aufgrund von Personalmangel ließen sich so vermindern.

Die Aussichten zwingen zum Handeln

Und es ist höchste Zeit, etwas gegen den bereits bestehenden Pflegepersonalmangel zu unternehmen, wenn der Behandlungserfolg in der medizinischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in Zukunft sichergestellt sein soll. In etlichen Studien ist belegt, wie notwendig Aufwertung und Entlastung dafür sind. Blicken wir nur wenige Jahre, voraus – die „Babyboomer-Generation“ sind dann in Rente - werden etwa 500.000 Pflegekräfte deutschlandweit fehlen! Dies ist nur zu stemmen, wenn wir hunderttausende Berufsaussteiger zurückgewinnen und die Auszubildenden nach dem Examen dauerhaft im Beruf halten können. Dafür ist neben einer besseren Bezahlung der Pflegenden ein gesetzliches und verbindliches Personalbemessungssystem (z.B. PPR 2.0), das den realen Bedarf an Pflegekräften pro Schicht abbildet, mindestens genauso notwendig.

Aber auch das vorherrschende Image der Pflege in der Gesellschaft, das auch von vielen Politiker:innen verbreitet wird, ist ein Teil des Problems: Falsch ist das Bild dieses „Frauenberufs“, das von einem großen Herz, Geduld, angeblich leicht zu erlernenden Tätigkeiten und als Helferin des Arztes geprägt ist – und deshalb niedrig entlohnt werden kann, wie in allen anderen Care-Berufen auch. Dringend notwendig ist es, dass die politisch Verantwortlichen und die Beschäftigten im Gespräch bleiben.

Die notwendige hochqualifizierte Profession der Krankenpflege wird in einigen anderen Ländern genauso gut bezahlt wie Ingenieure! Da müssen wir hin, dann gibt es bald keinen Personalmangel mehr.

In der nächsten Tarifrunde 2023 können wir gemeinsam im öffentlichen Dienst mehr erreichen. Eure ver.di Betriebsgruppe im Klinikum Stuttgart.